

Nr. 63501J
1994-04-05

II-13121 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend ärztliche Versorgung in Fremdenverkehrsgebieten

Schon seit längerem weisen Mitglieder der Ärztestandes darauf hin, daß sie durch den EWR gezwungen werden, für Bürger von EWR-Staaten (vor allem Urlauber) ihre Leistungen zu GKK-Tarifen – und nicht wie bisher zu Sonder- oder Privattarifen – zu erbringen.

Mittlerweile wurde bekannt, daß in den Fremdenverkehrsgegenden schon einige Ärzte ihre Kassenverträge gekündigt haben, wodurch sich die ärztliche Versorgung der Bevölkerung beträchtlich verschlechtert. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Wird auch nach einem Beitritt zur EU die durch den EWR entstandenen Verpflichtung für die Vertragsärzte aufrecht bleiben, auch EWR-Bürger zu den für die Behandlung von Gebietskrankenkassen-Versicherten geltenden Tarifen zu behandeln?
2. Wieviele Ärzte haben im Zusammenhang mit dieser finanziell belastenden Verpflichtung bisher ihren Krankenkassenvertrag gekündigt und welche Entwicklung erwarten die Gebietskrankenkassen diesbezüglich?
3. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine gleichbleibend gute ärztliche Versorgung der Bevölkerung von Fremdenverkehrsorten sicherzustellen?